

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Konflikte mit Häftlingen aus Nordafrika in rheinland-pfälzischen Gefängnissen

Im nordrhein-westfälischen Strafvollzug gibt es zunehmende Konflikte mit Häftlingen aus den nordafrikanischen Maghreb-Staaten. Neben Verständigungsschwierigkeiten sei bei ihnen „Respektlosigkeit“ und das „Nichtbefolgen von Anweisungen“ besonders gegenüber dem weiblichen Anstaltspersonal zu beobachten, teilte NRW-Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) dem Landtag in Düsseldorf mit.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der Häftlinge in den letzten fünf Jahren aus Algerien, aus Marokko und aus Tunesien in Rheinland-Pfalz verändert?
2. Gibt es auch in Rheinland-Pfalz zunehmende Konflikte mit Häftlingen aus den nordafrikanischen Maghreb-Staaten? Wenn ja, welche?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Anregung, die Länder Armenien, Georgien, Moldau und die Ukraine, Bangladesch, Indien und die Mongolei sowie Algerien, Marokko, Tunesien, Benin, Gambia, Mali und Nigeria als sichere Herkunftsländer einzustufen?
4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass Abschiebungen nach Nordafrika häufig an der Blockadehaltung der Maghreb-Staaten scheitern? Wenn ja, was wurde unternommen, dass die Kooperationsbereitschaft verbessert wird?
5. Hat die Landesregierung die Bundesregierung bei dem unkooperativen Verhalten der Länder Algerien, Marokko und Tunesien bei Abschiebungen um Unterstützung gebeten? Wenn nein, warum nicht?
6. Zahlt Rheinland-Pfalz direkt oder indirekt Entwicklungshilfe an die Länder Algerien, Marokko und Tunesien? Wenn ja, wie hoch beträgt die Entwicklungshilfe?
7. Hat das Land Rheinland-Pfalz auch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vereinbart, Asylanträge von Flüchtlingen aus Nordafrika priorisiert zu bearbeiten? Wenn nein, warum nicht?

Matthias Lammert